

ANGA

Verband Deutscher Kabelnetzbetreiber e.V.

BREKO

BUNDESVERBAND
BREITBANDKOMMUNIKATION

BUNDESVERBAND
GLASFASERANSCHLUSS e. V.

BUGLAS

 **Fibre
to the
Home**
Council
Europe

vainm

Wettbewerb verbindet

Unterstützer


ecta


ELFA
European Local Fibre Alliance

 TELECOM^{eV}


Die Elektroindustrie

Der Weg in die Gigabit-Gesellschaft: Eine Initiative für eine Neujustierung der deutschen Breitbandpolitik

Präambel

Der Aufbau nachhaltiger und zukunftssicherer Kommunikationsinfrastrukturen ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben für Deutschland, die von einer weitsichtigen und verlässlichen Wirtschafts- und Regulierungspolitik begleitet und flankiert werden muss. Die unterzeichnenden Verbände wollen mit ihrer Initiative zur Neujustierung der deutschen Breitbandpolitik Impulse geben, um Deutschland für die Herausforderungen der Gigabit-Gesellschaft fit zu machen.

1. Deutschland braucht Gigabit-Netze im Verlauf der nächsten Dekade

Die Gigabit-Gesellschaft benötigt im Verlauf der nächsten Dekade Gigabit-Kommunikationsnetze, die solche Bandbreiten beim Endkunden tatsächlich zur Verfügung stellen. Im Festnetz sind dies Glasfaseranschlüsse, die bis in die Gebäude (FTTB) oder bis in

die Wohnung (FTTH) reichen sowie Kabel auf Basis des DOCSIS-Standards; im Mobilfunk werden es die Netze der 5. Generation sein, die dedizierte Gigabit-Bandbreiten zum Endkunden erlauben. Für alle Lösungen werden in der Regel auf Glasfasernetzen basierende Infrastrukturen benötigt. Diese müssen frühestmöglich errichtet oder aufgerüstet werden, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und eine digitale Spaltung zu verhindern.

2. Zukunftssichere Kommunikationsinfrastrukturen schaffen Wachstum und Arbeitsplätze

Gigabit-Netze sind von entscheidender Bedeutung für Unternehmen, Privatkunden und den öffentlichen Sektor. Sie sind Basis für den Produktionsfaktor Information. Themen wie Industrie 4.0, Anforderungen neuer Energienetze, moderne Verwaltung / E-Government oder neue Formen der Arbeit und des Medienkonsums bereiten den Weg in die Gigabit-Gesellschaft. Die Nachfrage nach Bandbreite wächst bereits jetzt messbar kontinuierlich, und nur zukunftssichere Kommunikationsinfrastrukturen können die bereits heute absehbaren Anforderungen an Geschwindigkeit und Servicequalität erfüllen.

3. Der Weg zur Gigabit-Gesellschaft erfordert den Ausbau der Netze im Wettbewerb und Glasfaser als Basistechnologie

Damit Deutschland tatsächlich die Entwicklung zur Gigabit-Gesellschaft vollziehen kann, ist der Netzausbau im Wettbewerb notwendig. Dabei ist Glasfaser die notwendige Basistechnologie. Der Wettbewerb war und ist Antrieb für einen effizienten Ausbau, bessere Kundenprozesse und innovative Dienste. Privilegien und Regulierungserleichterungen oder die Schaffung neuer Monopole in Bereichen des Kupferdoppelader-Anschlussnetzes setzen daher die falschen Anreize für den Ausbau zukunftssicherer Kommunikationsinfrastrukturen. Wettbewerb sorgt nicht nur für einen soweit als möglich beihilfefreien, eigenfinanzierten weiteren Glasfaserausbau, sondern sorgt selbst in Fördergebieten für größtmögliche Qualität und geringstmöglichen Fördermitteleinsatz.

4. Eine Neujustierung der deutschen Breitbandpolitik ist unumgänglich

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Jahre sehen die unterzeichnenden Verbände die Notwendigkeit einer Neujustierung der deutschen Breitbandpolitik. Damit das Ziel der Gigabit-Gesellschaft erreicht werden kann, müssen heute die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden. Die Breitbandziele 2018 sind somit allenfalls eine Wegmarke und sollten auch so verstanden werden, um zu verhindern, dass notwendige Entwicklungen verschleppt, Investitionen in den Ausbau zukunftssicherer Kommunikationsnetze verhindert, der Wettbewerb verzerrt und Steuergelder ineffizient eingesetzt werden.

Jede Maßnahme im Breitbandbereich sollte deshalb nicht nur im Hinblick auf die Breitbandziele 2018, sondern in erster Linie auf ihre Tauglichkeit für die Erreichbarkeit der Gigabit-Gesellschaft geprüft und bewertet werden.

5. Der Weg in die Gigabit-Gesellschaft wird durch Fortschrittsberichte begleitet werden

Die unterzeichnenden Verbände sehen dieses Papier als inhaltliche Grundlage für weitere Diskussionen, die wir gerne konstruktiv mit allen Stakeholdern führen wollen. Um der Ernsthaftigkeit dieses Anliegens Nachdruck zu verleihen, beabsichtigen die Verbände, jährlich einen Fortschrittsbericht zu veröffentlichen.

Forderungskatalog: Konkrete Maßnahmen im Bereich der Breitbandpolitik

Auf Grundlage dieser fünf Thesen sehen wir folgenden Handlungsbedarf im Bereich der Breitbandpolitik:

1. Gigabit-Netze sollen letztendlich **allen Menschen** und Unternehmen in Deutschland ohne Einschränkungen zur Verfügung gestellt werden. Es muss das Ziel der Politik und der Verwaltung sein, jedes Handeln darauf auszurichten, dieses Ziel zu erreichen, auch wenn es sich hierbei ganz sicherlich um ein langfristiges Ziel handelt. Festnetz und Mobilfunk werden dabei beide eine wesentliche Versorgungsrolle spielen.
2. In den Zielvorgaben der Breitbandstrategie muss **nachhaltiger Netzausbau** Vorrang haben vor Übergangslösungen. Wenn wirtschaftlich möglich, soll direkt ein Aufbau von Gigabit-Netzen erfolgen. Wenn hingegen eine Übergangslösung wirtschaftlich sinnvoll erscheint, muss sie so angelegt sein, dass ein weiterer Ausbau nicht erschwert oder verzögert wird.
3. Die Regulierung von **Zwischenlösungen** wie Vectoring muss den Aspekt der Über- gangstechnologie betonen und darf einen weitergehenden Ausbau nicht behindern. Vectoring muss dann tatsächlich eine Brückenfunktion hin zu FTTB/H darstellen. Technologieneutralität muss im Hinblick auf die zu erreichenden Ziele neu gedacht werden.
4. Eine effiziente institutionelle **Organisation der Breitbandpolitik** in Deutschland ist notwendig. Ein Auseinanderfallen von Zuständigkeiten, die Ausbau und Kernfragen der Regulierung betreffen, erweist sich schon heute als außerordentlich problema- tisch sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene.
5. Ein Abbau der **Zugangsregulierung** unter dem Aspekt bestehenden Infrastruktur- o- der Dienstewettbewerbs aus Endkundensicht gefährdet den für den weiteren Glasfa- serausbau erforderlichen Netzzugang in allerhöchstem Maße. Gerade auch im ländli- chen Raum bleibt der gesicherte Zugang zu bestehenden Kupfer-Anschlussnetzen des Incumbents absolut unverzichtbare und entscheidende Voraussetzung für einen wei- teren schrittweisen Ausbau mit Glasfaser immer näher zum Kunden.
6. Insgesamt muss die **Förderpolitik** auf eine neue Grundlage gestellt werden: Aktiv ausbauende Unternehmen müssen gestärkt und nachhaltige Technologien in Förder- verfahren bevorzugt werden. Eine Überbauung bereits vorhandener NGA- Infrastrukturen mit Hilfe von Fördergeldern muss verhindert werden. Bei einem Aus- bau in Zwischenschritten ist eine Rahmenplanung vorzusehen. Eine wirtschaftliche Beurteilung eines schrittweisen im Vergleich zu einem direkten FTTB/H-Ausbau muss sinnvollerweise alle Erlöse und Kosten umfassen. Nachhaltige Förderung erzwingt auch eine Neubewertung von sog. Betreibermodellen, die eine große Wettbewerbs- neutralität und Anbieteroffenheit ermöglichen.
7. Neben Projekten mit hoher Flächendeckung in ländlichen Gebieten müssen **auch städtische Glasfaserprojekte** zur Anbindung des unterversorgten Mittelstandes (bspw. in Gewerbegebieten) förderfähig sein. Noch viel stärker als in wirtschaftlich schwer erschließbaren ländlichen Gebieten ist hier auf eine von Beginn an langfristig nachhaltige Lösung abzustellen. Dies kann in der Regel nur durch einen

ten FTTB/H-Ausbau ohne Zwischenschritte sichergestellt werden. In jedem Fall muss jedoch auch bei diesen Projekten eine Überbauung bereits vorhandener NGA-Infrastrukturen mit Hilfe von Fördergeldern verhindert werden.

8. Auf **EU-Ebene** müssen weiterhin nationale Besonderheiten der Marktstruktur berücksichtigt werden. Eine „One-size-fits-all“-Regulierung wäre kontraproduktiv. Einer Entmachtung nationaler Regulierung muss entgegengetreten werden.
9. Netzbetreibern muss die Möglichkeit gegeben werden, Netzkapazität und Dienste angemessen zu vermarkten und damit den weiteren eigenwirtschaftlichen Ausbau zu ermöglichen. **Regulierung mit Augenmaß** ist hier erforderlich, um einerseits berechnete Wettbewerbs- und Nutzerinteressen zu gewährleisten, andererseits aber auch neue Geschäftsmodelle nicht bereits im Ansatz zu diskriminieren.
10. **Diensteanbieter** müssen weiterhin einen angemessenen und diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen der Zukunft haben.

Berlin, 09. September 2015

ANGA Verband Deutscher Kabelnetzbetreiber e. V.
Reinhardtstraße 34, 10117 Berlin, Tel.: +49 30 24047739-0, Fax: +49 30 24047739-9, E-Mail: info@anga.de

BREKO Bundesverband Breitbandkommunikation e. V.
Invalidenstraße 91, 10115 Berlin, Tel.: +49 30 58580-410, Fax: +49 30 58580-412, E-Mail: breko@brekoverband.de

BUGLAS Bundesverband Glasfaseranschluss e. V.
Bahnhofstraße 11, 51143 Köln, Tel.: +49 22 03 20210-10, Fax: +49 22 03 20210-88, E-Mail: info@buglas.de

FTTH Council Europe
Rue des Colonies 11, 1000 Brüssel, Belgien, Tel.: +32 2 517 6103, Fax +43 2855 71142, E-Mail: info@ftthcouncil.eu

VATM Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e. V.
Neustädtische Kirchstraße 8, 10117 Berlin, Tel.: +49 30 50561538, Fax: +49 30 50561539, E-Mail: vatm@vatm.de